Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Press release
Nr. 095/2021
Kiel, 06.05.2021

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Mit Notprogrammen und Sonderzahlungen ist es nicht getan

Zur heutigen Anhörung des Sozialausschusses zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie erklärt der sozialpolitische Sprecher des SSW im Landtag, Christian Dirschauer:

Ob es um die Unterstützung von Menschen mit Behinderung, um Hilfen für psychisch Erkrankte, um die Betreuung von Kitakindern und Familien oder ganz allgemein um die medizinische Versorgung der Bevölkerung geht: Überall wurde und wird an der Überlastungsgrenze gearbeitet. Und fast überall fördert die Pandemie personelle und finanzielle Defizite zutage, die aus meiner Sicht bedenklich sind.
Ich möchte nicht nur den Anzuhörenden, sondern vor allem all denjenigen danken, die im gesamten medizinischen Bereich, in der Kinder- und Jugendhilfe, in Kitas und Schulen und zum Beispiel auch in der Eingliederungshilfe seit weit über einem Jahr Enormes leisten. Uns allen muss klar sein, dass wir ohne diesen außergewöhnlichen Einsatz vor noch viel größeren Problemen stehen würden, als es jetzt der Fall ist.
Gleichzeitig ist für uns vom SSW aber völlig klar, dass es so nicht weitergehen kann. Weite Teile des sozialen und medizinischen Bereichs fahren längst auf Verschleiß. Die Mitarbeitenden schieben riesige Überstundenberge vor sich her. Viele sind psychisch stark belastet und am Ende ihrer Kräfte. Nicht nur für sie, sondern vor allem für all die Menschen, die auf Hilfen, Versorgung

und Betreuung angewiesen sind, müssen wir dringend für Entlastung sorgen. Notprogramme und Sonderzahlungen, wie etwa das Corona-Aufholprogramm des Bundes, sind gut und richtig. Schließlich gehören Familien und Kinder zu den größten Verlierern dieser Pandemie. Aber als eine Lehre dieser Krise drängt sich immer stärker auf, dass wir dauerhaft mehr in unsere soziale Infrastruktur und in die medizinische Versorgung investieren müssen.